

Stellungnahme Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat Krummhörn zur Beschlussfassung des Doppelhaushaltes 2024 und 2025 am 11.12.2023

Anrede

Die von Frau Klaassen vorgelegten Zahlen sind vorab in zwei Ratsinformationsveranstaltungen vorgestellt und im Finanzausschuss und im VA beschlossen worden.

Für 2024 und 2025 erwarten wir also Defizite von zusammen rund 9,5 Mill. Euro. Die in den vergangenen Jahren angesammelten Überschussrücklagen werden damit weitestgehend aufgebraucht.

Auch wenn wir wissen oder hoffen, dass es so schlimm nicht kommen wird, sind wir gezwungen in den kommenden Monaten Antworten auf die Fragen zu finden, wie ausgeglichene Haushalte für die Gemeinde erwirtschaftet werden können.

Diese Situation trifft für viele Kommunen zu. Es gibt eine Reihe von Umständen, die außerhalb unseres Einflussbereiches liegen und die zu dieser Situation führen.

Eine Reihe von Regelungen auf Bundes- und Landesebene landen kostenmäßig bei den Kommunen ohne ausreichenden Ausgleich.

Die exorbitante Steigerung der Preise für Strom und Gas wirken sich aus. Natürlich hätten wir bei den Verbräuchen von Strom und Gas Steuerungsmöglichkeiten in den gemeindeeigenen Gebäuden. Provokant gefragt: Geschieht das in ausreichendem Maße?

Wenden wir uns nun dem größten Einzelposten in unserem Haushalt zu. Es ist der Personalbereich mit rund 10 bzw. 10,5 Mill Euro in den beiden Jahren.

Hier gibt es eine Steigerung um rund 2,5 Mill Euro von 2023 auf 2024, das sind immerhin rund 30 %.

Diese erklärt sich durch tarifliche Steigerungen, durch Inflationsausgleich, durch zahlreiche Höhergruppierungen in den letzten Monaten und durch 10 neu einzurichtende und in den letzten Monaten bereits beschlossene Neueinstellungen.

Wir haben diese Neueinstellungen befürwortet und gefordert. Denn wir wollen, dass die Verwaltung zum Wohle der Bürger personell so aufgestellt ist, dass sie alle ihre Aufgaben schnell, bürgernah und dienstleistungsorientiert erledigt. Insbesondere lag uns die Erhöhung der Planstellen im Bauamt am Herzen sowie die Stelle des Jugendpflegers.

Sind wir eigentlich effizient aufgestellt mit unserer Gemeindeverwaltung? Wir wollen einerseits ein guter und attraktiver Arbeitgeber und gleichzeitig für unsere Bürgerinnen und Bürgern ein guter Dienstleister zu sein. Können wir trotzdem die Kosten senken? Ist das die Quadratur des Kreises?

Wir werden aber auch alle Kostenpositionen in den Blick nehmen müssen, um auf der Ausgabenseite zu Einsparungen zu kommen.

Für die Einnahmeseite gilt: Wo können wir mehr Geld erwirtschaften?

Hier plädieren wir schon seit langer Zeit dafür, durch zügigere Entscheidungen den Ausbau von Photovoltaik und Windkraft in unserer Gemeinde voranzubringen. Neben einer kommunalen Beteiligung könnte es evtl. um Einsparungen beim Stromeinkauf gehen (PV auf gemeindeeigenen Dächern), um Einnahmen aus der Akzeptanzabgabe sowie um Einnahmen aus der Gewerbesteuer.

Neben der Energiewende geht es also auch um die Gemeindefinanzen aber auch um die Interessen der Investoren, die bereit sind, sich in unserer Gemeinde zu engagieren.

Ich werbe auch dafür, hierbei die Energiegenossenschaft mit ins Boot zu holen, damit es insbesondere bei den Dachanlagen und den Parkplatzanlagen zügig vorangeht.

Der Tagesordnungspunkt zur Bauleitplanung für eine Bodenrecyclinganlage in Pewsum wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen. Ich appelliere an alle Beteiligten, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, damit diese Gewerbeansiedlung hier in Pewsum und nicht in Hinte oder Norden stattfindet. Wir als Politik möchten dieses Vorhaben gerne verwirklicht sehen.

Denn wir brauchen Einnahmen aus der Gewerbesteuer, zumal von Unternehmen die, innovative Projekte voranbringen wollen.

Nun gibt es sicherlich berechnete Gründe, aus Umwelt- und Naturschutzgründen bei solchen Projekten kritisch zu prüfen. Aber es muss ein Ausgleich gefunden werden zwischen berechtigten Ansprüchen verschiedener Interessen.

Und damit komme ich zu einem weiteren Punkt, der mir am Herzen liegt, nämlich dem mühsam erreichten Beschluss vom 22.6.2022 zur Beantragung der Förderung der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes mit einhergehender Einstellung eines Klimaschutzmanagers. Eine qualifizierte Klimaschutzmanagerin- oder manager könnte genau diesen Ausgleich herbeiführen

Mit dieser Stelle hätten wir eine qualifizierte Kraft im Haus, die bei allen von der Gemeinde geplanten Maßnahmen die Interessen des Klimaschutzes mit den notwendigen wirtschaftlichen Erfordernissen verbindet und Lösungen erarbeitet.

Diese Stelle ist im Stellenplan mit EG 11 bewertet und wird abzüglich der Förderung pro Jahr Kosten von rund 25.000 Euro verursachen.

Wiederholt ist dieser Beschluss in den vergangenen Wochen in Frage gestellt worden.

Wir wollen, dass daran festgehalten wird. Die Notwendigkeit liegt auf der Hand. Der Nutzen aus der erhofften Expertise wird die Kosten wohl schnell übersteigen.

Verschiedentlich wird vor der hohen Verschuldung durch die Investitionen der kommenden Jahre gewarnt, wozu insbesondere Feuerwehrhäuser, Schulen und Kitas gehören.

Die Investitionen in die Kindertagesstätten und Schulen der Gemeinde werden mit bis zu 20 Millionen Euro angesetzt.

Es sind wichtige Zukunftsinvestitionen vor denen wir uns nicht länger drücken können. Wir möchten allerdings darauf hinweisen, dass bei dem Bürgerbegehren im Januar zwei Modelle zur Wahl stehen die sich in den Gesamtkosten um rund 4 Mill. Euro unterscheiden. Die Variante Biregio wird mit Kosten von 17,1 Mill Euro belegt. Die zweite Variante, die den Erhalt der GS-Standorte Loquard und Greetsiel und den Erhalt aller eingruppigen Kitas bedeutet und gleichzeitig einen Kita-Neubau im Süden der Gemeinde notwendig macht, schlägt mit 21,1 Mill Euro zu Buche.

Damit leisten wir uns für 4 Mill Euro Mehrinvestitionskosten eine Bildungslandschaft, die mit eingruppigen Kitas und einzügigen Grundschulen nicht in der Lage ist, ausreichend Krippenplätze, Ganztagsbetreuung, Ganztagsunterricht, den Betrieb von Mensen oder auch eine große Angebotsvielfalt an Förderungen für die Kinder zu gewährleisten und somit nicht den Erfordernissen der Zukunft entspricht.

Insofern möchte ich dafür werben, bei dem Bürgerbegehren im Januar mit Nein zu stimmen, damit wir mit dem eingesetzten Geld das Optimum an Bildung und Betreuung schaffen.

Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass wir angeregt hatten, nur einen einjährigen Haushalt zu verabschieden. Dann hätte man die nächsten Monate nutzen können, um den Haushalt für 2025 mit valideren Daten und mit eventuell identifiziertem Einsparpotential mit

einem besseren Ergebnis aufzustellen. Wir sollten uns für die Zukunft überlegen, ob wir nicht wieder zu dem einjährigen Verfahren zurückkehren wollen.

Unsere Fraktion wird den vorgelegten Haushaltentwürfen für die Jahre 2024 und 2025 zustimmen.

Gleichzeitig möchte ich mich bei Frau Klaassen und auch bei Frau Dirksen bedanken. Sie ertragen mit Geduld und Gelassenheit unser Bemühen, die Finanzwirtschaft der Gemeinde zu ergründen.